

Wirtschaft am Limit: Brücken bauen und Bürokratie abbauen!

IHK-Präsident Te Neues fordert stärkere politische Unterstützung für Krefelder Wirtschaft zur Bewältigung von Herausforderungen wie Bürokratie und Fachkräftemangel.

Krefeld, Deutschland -

In einer aktuellen Diskussion über die Herausforderungen der deutschen Wirtschaft betonen Führungspersonlichkeiten der Industrie- und Handelskammer (IHK) Mittlerer Niederrhein die Notwendigkeit eines intensiven Austauschs zwischen Politik und Wirtschaft. Elmar te Neues, Präsident der IHK, wies darauf hin, dass das „Düsseldorfer Bündnis für den Niederrhein“ gegründet wurde, um fraktionsübergreifend für die Standortbedingungen der Region zu arbeiten. Diese Initiativen zielen darauf ab, die aktuellen wirtschaftlichen Herausforderungen zu erörtern und mögliche Lösungen zu finden, wie **der Erft-Kurier** berichtete.

Te Neues äußerte sich besorgt darüber, dass die Wirtschaft weder Impulse aus dem In- noch aus dem Ausland verspürt und der Fortschritt bei Infrastrukturprojekten sowie beim Bürokratieabbau nur langsam vorankommt. Die angespannte Lage wird durch einen signifikanten Fachkräftemangel verstärkt, der viele Mittelständler dazu bringt, trotz schlechter Auftragslage von Entlassungen abzusehen. Geplante Stellenabbauten in großen Unternehmen verdeutlichen die schwindende Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und erhalten dadurch politische Aufmerksamkeit.

Infrastruktur und Bürokratieabbau im Fokus

Besonders hervorgehoben werden zwei wichtige Infrastrukturprojekte: Der Ersatz der maroden Rheinbrücke zwischen Krefeld und Duisburg sowie der Kardinal-Frings-Brücke zwischen Düsseldorf und Neuss. Während die Uerdinger Rheinbrücke nur Fahrzeuge bis 30 Tonnen tragen kann, liegt die Gewichtsbeschränkung der Kardinal-Frings-Brücke sogar bei nur 7,5 Tonnen. IHK-Vizepräsident Dr. Claus Schwenzer warnte eindringlich vor einem möglichen Verlust der Wettbewerbsfähigkeit, während andere Mitglieder des IHK-Präsidiums sich an NRW-Verkehrsminister und Ministerpräsidenten wenden, um beschleunigte Ersatzbauten zu erwirken.

Die Diskussion dreht sich ebenfalls um die Bürokratie und die Komplexität staatlicher Verfahren, die als belastend für Unternehmen empfunden werden. Eine Entbürokratisierung und der Beschleunigungsprozess wurden von der Landesregierung beschlossen, um die Standortbedingungen zu verbessern. Dies umfasst die Streichung von Berichtspflichten, schnellere Genehmigungsverfahren und die Einführung von Praxis-Checks. Dennoch äußerte IHK-Hauptgeschäftsführer Jürgen Steinmetz Zweifel an der Fähigkeit, diese notwendigen Veränderungen umzusetzen.

Außerdem belasten hohe Energiepreise, Fachkräftemangel und wachsende Bürokratie deutsche Unternehmen. Laut einem Bericht von **Focus** klagen viele Firmen über Personalengpässe, hohe Energiekosten sowie eine große Steuer- und Abgabenlast. Diese Probleme sind als Konsequenz der politischen Ampelregierung in den letzten drei Jahren zu sehen, insbesondere aufgrund versäumter Reformen. Der anhaltende demografische Wandel verstärkt den Fachkräftemangel zusätzlich.

Die sinkende Produktivität in Deutschland, während diese in den

USA steigt, führt zu einer abnehmenden Attraktivität des Standorts Deutschland. Unternehmen haben Schwierigkeiten, ihre Kosten an die Absatzsituation anzupassen, was durch steigende Arbeitskosten noch verschärft wird. Um die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, sind technologische Innovationen und strategische Differenzierung nötig. Vorschläge zur politischen Förderung des Erneuerungsprozesses beinhalten weniger Regulierung und Bürokratie sowie mehr Eigenverantwortung und Marktwirtschaft.

Details	
Vorfall	Regionales
Ursache	Fachkräftemangel, Bürokratie, Hohe Energiepreise
Ort	Krefeld, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.erft-kurier.de• www.focus.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at